

Marius Minas, M.Ed.

*(Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Westliche Regierungssysteme - Das politische System Deutschlands)*

DOI: <https://doi.org/10.25353/ubtr-ca26-2eab-6aa9>

### **Wie hältst du's mit der Demokratie? Befunde über die Mitte der Gesellschaft (hinaus)**

Demokratien brauchen Demokraten. So trivial dieser Satz zunächst erscheinen mag, so sehr erscheint es im Lichte gegenwärtiger gesellschaftlicher Entwicklungen keineswegs mehr selbstverständlich, dass die Demokratie dauerhaft auf eine hinreichend große Zahl an soliden Demokratinnen und Demokraten bauen kann. Empirische Befunde aus verschiedenen Demokratie-Monitoren – etwa für Rheinland-Pfalz, Saarland, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Thüringen und Deutschland – sowie aus weiteren Einstellungsstudien wie der Leipziger Autoritarismus-Studie oder der Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung formulieren einen kritischen Befund: Antidemokratisches Denken gewinnt in weiten Teilen der Bevölkerung an Boden.

Dabei äußert sich dieses Denken heute nur selten als offene Ablehnung der Demokratie. Diese genießt weiterhin breite Zustimmung, und autoritäre Alternativen werden klar abgelehnt. Bedenklicher sind hingegen Einstellungen, die nicht die Demokratie als solche, sondern ihre konstitutiven, aber nicht immer unmittelbar präsenten Prinzipien infrage stellen: Pluralismus, politischer Wettbewerb, politische Teilhabe, Mitbestimmung oder Vertrauen in staatliche Institutionen. Solche subtileren Formen

der Abkehr von demokratischen Prinzipien sind weitaus verbreiteter, als man gemeinhin annimmt. Diese Diagnose gilt auch für die sogenannte „Mitte“, die gemeinhin als Stabilitätsanker demokratischer Gesellschaften gilt. Wie normativer Anspruch und empirische Wirklichkeit diesbezüglich auseinanderklaffen und welche Folgen das für die Demokratie haben kann, soll in diesem Beitrag untersucht und diskutiert werden.

### **Konzepte der Politischen Kultur- und Einstellungsforschung**

Die politische Kulturforschung formuliert die Grundannahme, dass ein politisches System dann stabil ist, wenn politische Struktur und politische Kultur zueinander passen. Was bedeutet das? Politische Kultur umfasst „die Ziele und Regeln, die als allgemein anerkannte Prinzipien das Verhalten der in einer politischen Gemeinschaft lebenden Menschen steuern.“<sup>1</sup> Die politische Kulturforschung untersucht dazu klassischerweise, wie sich die Bevölkerung gegenüber politischen ‚Objekten‘ verhält, also hinsichtlich staatlichen Institutionen und Akteuren (z. B. Regierungen, Parlamente, Gerichte), politischen Prozessen (z. B. Wahlen, Entscheidungsverfahren), Sym-

---

<sup>1</sup> Gabriel, Oscar (2009): Politische Kultur. In: Kaina, Viktoria und Römmele, Andrea [Hrsg.]: Politische Soziologie. Ein Studienbuch. Wiesbaden: VS Verlag. S. 21.

bolen (z. B. Flaggen) sowie gesellschaftlichen Aspekten wie das soziale und politische Miteinander oder Zugehörigkeitsgefühle. Politische Einstellungen wiederum sind „nicht unmittelbar beobachtbare Neigung[en] von Individuen, auf konkrete Objekte kognitiv, gefühlsmäßig oder wertend zu reagieren“.<sup>2</sup>

Durch die Zusammenfassung individueller Einstellungen ergibt sich die politische Kultur des Kollektivs. Diese umfasst vor allem diejenigen Einstellungen, die den Mitgliedern einer Gemeinschaft gemeinsam sind. Sie bringen die integrierende Funktion der politischen Kultur zum Ausdruck und machen die Identität der politischen Gemeinschaft aus.<sup>3</sup>

Teil der politischen Kultur demokratischer Systeme und essenziell für ihre Stabilität ist die Legitimitätsüberzeugung der Bevölkerung, also die „Anerkennung der Herrschaftsordnung als rechtmäßig und verbindlich“<sup>4</sup>. Das bedeutet, dass ein politisches System nur dann stabil bleibt, wenn es von seinen Bürgerinnen und Bürgern *unterstützt* wird<sup>5</sup>, politische Struktur und Kultur demnach, wie eingangs beschrieben, zusammenpassen. Zwischen Gesellschaft und Politik besteht dabei ein Wechselspiel: Die Bevölkerung formuliert *Inputs* in Form von Forderungen und Zustimmung, das System reagiert darauf mit *Outputs*: Entscheidungen, Gesetzen und anderen Maßnahmen, zu denen sich die Bevölkerung wiederum verhalten und mit neuen Inputs reagieren kann. Stimmen Leistung und Erwartungen in einem responsiven Verhältnis überein, entsteht Vertrauen in das politische System; kommt es zu Enttäuschungen,

kann dieses bröckeln. Legitimität bedeutet in diesem Sinne, dass Menschen das politische System und seine Institutionen in ihrer Gesamtheit – nicht unbedingt jede einzelne politisch inhaltliche Entscheidung – als moralisch gerechtfertigt und mit ihren eigenen Wertvorstellungen vereinbar empfinden. Dabei lässt sich zwischen *spezifischer* und *diffuser* Unterstützung unterscheiden.

*Spezifische Unterstützung* bezieht sich auf konkrete politische Leistungen sowie die handelnden Akteure im politischen Tagesgeschäft und ist daher kurzfristig und schwankend zu verstehen.

*Diffuse Unterstützung* beruht auf tiefem, allgemeinem Vertrauen in politische Prozesse sowie Institutionen und schafft langfristige Stabilität. Sie ist dabei weniger anfällig für Schwankungen und wirkt wie ein Stabilitätsanker in Krisenzeiten.

Beide Formen sind eng miteinander verknüpft: Viele positive Erfahrungen mit der alltäglichen Politik können spezifische Zustimmung in dauerhaftes Vertrauen überführen. Ein Vorrat an diffuser Unterstützung trägt dazu bei, Krisen zu überstehen, ohne dass die Legitimität des Systems grundsätzlich infrage gestellt wird. Umgekehrt kann jedoch auch anhaltende Unzufriedenheit allmählich von der konkreten Kritik an Akteuren auf das Vertrauen in das System als Ganzes übergreifen. Ist dieser Punkt erreicht, erodiert die Legitimität und die Demokratie gerät ins Wanken.

---

<sup>2</sup> Ebd. S. 22.

<sup>3</sup> Ebd. S. 22.

<sup>4</sup> Braun, Daniela und Schmitt, Hermann (2009): Politische Legitimität. In: Kaina, Viktoria und Römmele, Andrea [Hrsg.]: Politische Soziologie. Ein Studienbuch. Wiesbaden: VS Verlag. S. 53.

<sup>5</sup> Easton, David (1965): A Systems Analysis of Political Life: New York: John Wiley and Sons; Easton, David (1975): A Re-Assessment of the Concept of Political Support, in: British Journal of Political Science 5, S. 435-457.

Als Träger diffuser Unterstützung und damit als Stabilitätsanker der Demokratie wird häufig die sogenannte „Mitte“ bezeichnet. Gemeint ist damit zunächst die *demokratische Mitte* – also „die Gesamtheit der Menschen, die demokratisch und nicht extremistisch orientiert sind und demokratische Werte (Rechtsstaatlichkeit, Menschen- und Minderheitenrechte, Meinungsfreiheit etc.) anerkennen“<sup>6</sup> sowie darüber hinaus diese Überzeugungen als normatives Bollwerk demokratischer Gesinnung aktiver antidemokratischer Agitation entgegenstellen.

Die deutsche Demokratie hat in der Idee der Mitte ein sinnvolles Regulativ gefunden, das ihrer Natur als Konfliktgebilde entspricht. Demokratien wie die Bundesrepublik müssen ständig scheinbar oder tatsächlich unvereinbare Ziele und Interessen verschiedener Gruppen und Parteien in Einklang bringen, also Konflikte lösen. Es geht um Verteilungskonflikte, Rangordnungskonflikte, Identitätskonflikte und vieles mehr. Die Aushandlung ist zentral für die Stabilisierung und Weiterentwicklung der Demokratie. Umso wichtiger ist es, jede Form des Extremismus abzuwehren [...]. Die Abgrenzung stärkt die Konfliktfähigkeit und Wehrhaftigkeit der Demokratie. Vereinbarungen und Kooperationen mit Extremist:innen, auch wenn sie verlockend erscheinen und der Extremismus sich harmlos gibt, schwächen die Demokratie und die Fähigkeit, Konflikte konstruktiv zu regulieren.<sup>7</sup>

Dahingehend ist es zur Konzeptualisierung von „Mitte“ sinnvoll, eine engere, politisch-programmatische Perspektive zu ergänzen:

die Vorstellung einer *politischen Mitte*. Diese bezieht sich auf Personen, die sich inhaltlich moderat, pragmatisch und konsensorientiert positionieren. Sie stellt somit eine zusätzliche Eingrenzung innerhalb der demokratischen Mitte dar, indem sie deren Verortung im politischen Spektrum genauer bestimmt.

Das Konstrukt „Mitte“ beschreibt damit den Bevölkerungsanteil, der demokratische Werte stützen, verteidigen und zugleich zwischen unterschiedlichen politischen Positionen moderieren soll. Dabei kanalisiert sie Konflikte auf pragmatische Weise und trägt somit maßgeblich zur stabilisierenden Konsensorientierung bei. Während dies den normativen Anspruch an die Mitte umreißt, rückt nun die Frage in den Blick, wie sich ihre empirische Verfasstheit darstellt.

### Einstellungsverhalten zur Demokratie: Erkenntnisse aus Rheinland-Pfalz

Am Beispiel von Rheinland-Pfalz lässt sich fallspezifisch zeigen, wie es um das demokratische Selbstverständnis der Mitte bestellt ist. Im Zuge des Rheinland-Pfalz-Mo-

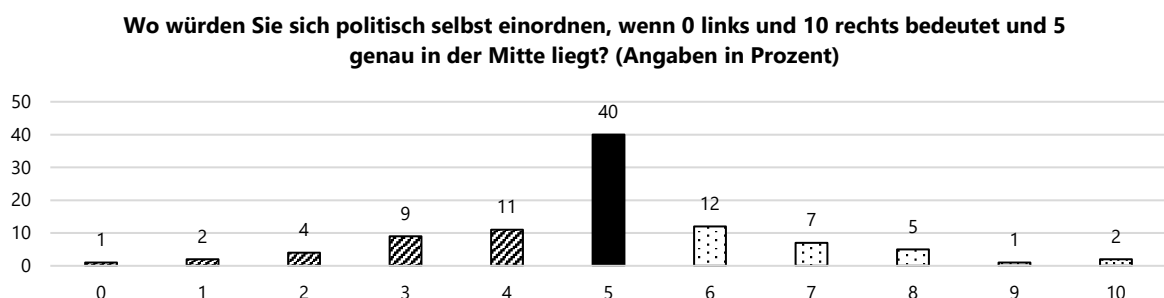


Abbildung 1: Politische Selbstverortung der Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer. Eigene Darstellung auf Basis der Daten des Rheinland-Pfalz-Monitors 2025/26.

<sup>6</sup> Zick, Andreas (2025): Demokratie am Kipppunkt – Verschiebungen in der Mitte und die Normalisierung des Rechtsextremismus – eine Hinführung zur Mitte-Studie 2024/25, in: Zick, Andreas; Küpper, Beate; Mokros, Nico und Eden, Marco: Die angespannte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn: Dietz. S. 24.

<sup>7</sup> Ebd. S. 21.

nitors, einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung zu politischen und gesellschaftlichen Einstellungen im Bundesland<sup>8</sup>, ordnen sich 40 Prozent der Landesbevölkerung eindeutig der Mitte zu (siehe Abb. 1). 27 Prozent geben an, sich links zu orientieren, ebenfalls 27 Prozent rechts.<sup>9</sup>

Wie eingangs bereits erwähnt, erfreut sich das Bekenntnis zur Demokratie sowie die Ablehnung gegenüber einer Diktatur breiter Zustimmung in Rheinland-Pfalz (siehe Abb. 2 oben).<sup>10</sup> Der differenzierte Blick entlang des politischen Spektrums

(siehe Abb. 2 unten) zeigt, dass 17 Prozent derjenigen, die sich rechts der Mitte einordnen, die Diktatur nicht pauschal ablehnen, der Aussage also eher bis überhaupt nicht zustimmen (Mitte: 6,6 Prozent; Links: 5 Prozent). Ein Zehntel derjenigen rechts der Mitte finden zudem, dass die Demokratie nicht unbedingt das System ist, das am besten zu unserer Gesellschaft passt. In der Mitte sehen das knapp 8 Prozent so, links der Mitte etwa 4 Prozent.

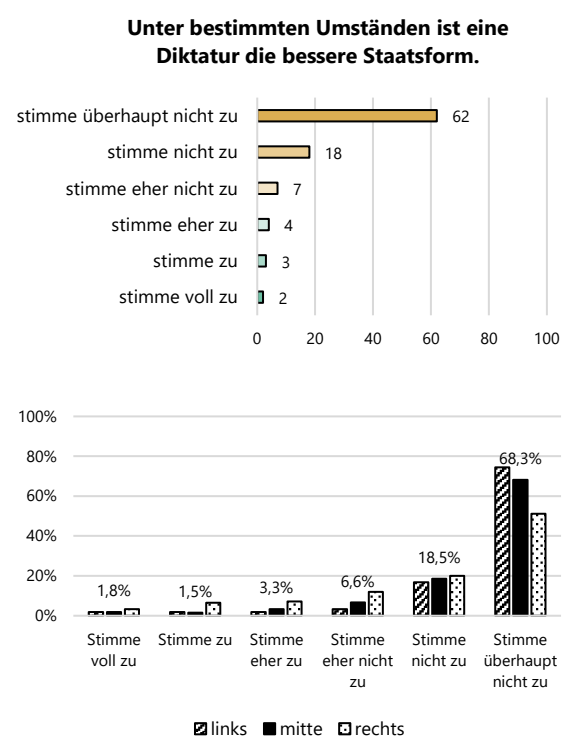
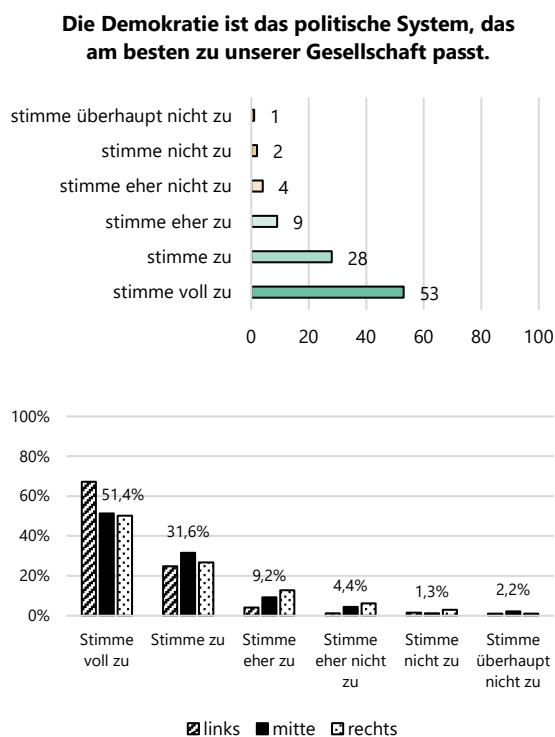


Abbildung 2: Demokratische Bekenntnisse der Rheinland-Pfälzerinnen und – Pfälzer. Eigene Darstellung auf Basis der Daten des Rheinland-Pfalz-Monitors 2025/26. Explizit aufgeführt sind im unteren Bildteil die Werte der Mitte-Kategorie.

<sup>8</sup> Der Rheinland-Pfalz-Monitor ist eine regelmäßig durchgeführte, repräsentative Umfrage zur politischen Kultur in Rheinland-Pfalz. Er untersucht Wahrnehmungen und Einstellungen der wahlberechtigten Bevölkerung zu politischen und gesellschaftlichen Themen. Der rheinland-pfälzische Landtag fördert das Projekt, das vom Trierer Institut für Demokratie- und Parteienforschung durchgeführt wird. Bisher gab es zwei Wellen (2023/24 und aktuell 2025/26); in der laufenden Erhebung 2025/26 wurden 1417 Menschen befragt.

<sup>9</sup> Die Mitte wird hier bewusst eng als der Skalenwert 5 definiert, da sich diese Personen ausdrücklich keiner politischen Richtung zuordnen; dabei wird keineswegs unterstellt, dass Werte links oder rechts davon (automatisch) anti-demokratisch seien, doch erlaubt diese Eingrenzung, den selbstverorteten Kern der Mitte von jenen zu unterscheiden, die sich bewusst politisch positionieren. Die fehlenden Werte beziehen sich auf die Angaben „keine Angabe“ und „weiß nicht“.

<sup>10</sup> Die fehlenden Werte beziehen sich auf die Angaben „keine Angabe“ und „weiß nicht“.

Die Daten legen nahe, dass Personen rechts der Mitte tendenziell eine höhere Affinität zu offen antidemokratischen Einstellungen aufweisen als Menschen, die sich mittig oder links verorten, auch wenn sich über alle Gruppen hinweg eine eindeutige Mehrheit ausdrücklich zur Demokratie bekennt und autoritäre Alternativen ablehnt. Zugleich wirkt es bemerkenswert, dass selbst in der Mitte fast jede/r Zehnte die Demokratie als solche infrage stellt, obwohl hier aus normativer Sicht eine (nahezu) vollständige Zustimmung zu erwarten wäre.

Zudem ist zu berücksichtigen, dass die offene Ablehnung demokratischer Prinzipien einen erheblichen Normverstoß darstellt, der nicht nur durch soziale Erwünschtheit, sondern auch durch eigene kognitive Barrieren begrenzt ist: Es ist durchaus naheliegend, dass viele Befragte sich selbst ein solches antidemokratisches Selbstverständnis nicht eingestehen können oder wollen; ebenso ist denkbar, dass viele überhaupt nicht in normativen Kategorien eines demokratischen Ethos denken. Um valide Aussagen über potentiell latente antidemokratische Dispositionen zu treffen, ist daher eine subtilere Erfassung entsprechender Einstellungen erforderlich. Deshalb wurden im Rheinland-Pfalz-Monitor Fragen zum folgenden Wertegerüst gestellt, die fundamentale Prinzipien der Demokratie, wie Meinungsvielfalt, Gewaltlosigkeit, Partizipationsrechte und Vertrauen in den Staat, kurzum, diffuse Unterstützung des politischen Regimes erfassen.

Tabelle 1: Untersuchtes „Demokratisches Wertekorsett“

<p>Vordergründige (anti)-demokratische Einstellungen</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Die Demokratie ist das politische System, das am besten zu unserer Gesellschaft passt.</li> <li>- Unter bestimmten Umständen ist eine Diktatur die bessere Staatsform.</li> </ul>
<p>Subtile(re) (anti)demokratische Einstellungen</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Wenn die Politik für gesicherte Lebensverhältnisse sorgt, könnte ich auf Teile meiner demokratischen Mitbestimmungsrechte verzichten.</li> <li>- In Deutschland reichen Reformen für Verbesserungen nicht mehr aus, gebraucht wird ein revolutionärer Umbau.</li> <li>- Der Staat ist ein Instrument zur Unterdrückung der Bevölkerung.</li> <li>- Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die den Willen des Volkes insgesamt verkörpert.</li> <li>- Ich bin dazu bereit, für meine politische Überzeugung Gewalt anzuwenden.</li> <li>- Politische Entscheidungen sollten von einer starken Führungspersönlichkeit getroffen werden, die keine Rücksicht auf das Parlament nehmen muss.</li> </ul>

Ein Blick darauf, wie viele Personen keine bis hin zu alle acht der untersuchten antidemokratischen Tendenzen teilen<sup>11</sup> (Abb. 3), führt zu einem Befund, der nachdenklich stimmt: Gemessen an der Gesamtbevölkerung äußern lediglich 38 Prozent keine einzige antidemokratische Einstellung. Anders ausgedrückt: 62 Prozent stimmen mindestens einer der abgefragten antidemokratischen Aussagen zu.

<sup>11</sup> Eine Einstellung teilen bzw. nicht teilen, bedeutet hier, dass ihr eher bis voll zugestimmt wird bzw. ihr eher nicht bis überhaupt nicht zugestimmt wird.

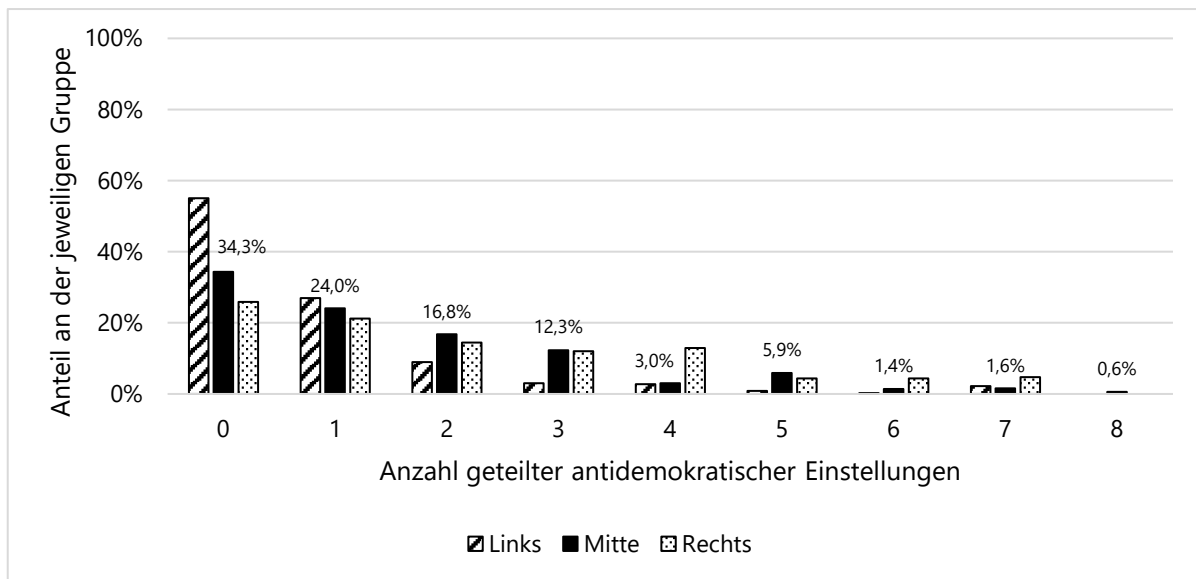


Abbildung 3: Anzahl antidemokratischer Einstellungen. Eigene Darstellung auf Basis der Daten des Rheinland-Pfalz-Monitors 2025/26. Explizit aufgeführt sind die Werte der Mitte-Kategorie

Wie Abbildung 3 im Detail zeigt, setzen sich auch hier die bereits zuvor beobachteten Trends fort: Während Linke gemessen an den dargelegten Kriterien am demokratischsten eingestellt sind, fallen die Werte in der Mitte und noch deutlicher rechts davon ab: 55 Prozent der Linken teilen keine einzige antidemokratische Äußerung, in der Mitte sind es lediglich noch ein gutes Drittel, unter den Rechten 26 Prozent. Bei einer einzigen geteilten Äußerung liegt ebenfalls die selbsternannte Linke vor der Mitte und den Rechten, danach wechselt das Verhältnis: bei zwei oder mehr geteilten antidemokratischen Einstellungen finden sich prozentual mehr mittige und rechte Personen als Linke.

Eng verknüpft mit der erodierenden diffusen Unterstützung des demokratischen Regimes ist eine gewissermaßen zwischen diffuser und spezifischer Zustimmung gelagerte Bewertungsebene, die sich in der „Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie“ zeigt (Abb. 4). Die Zufriedenheit liegt insgesamt bei 63 Prozent; unter

den sich links verortenden Befragten erreicht sie 81 Prozent, in der Mitte lediglich 64 Prozent und auf der rechten Seite 51 Prozent. Auch hier zeichnet sich demnach der bereits dargelegte Trend ab.

Fasst man die dargelegten Ergebnisse des Rheinland-Pfalz-Monitors zusammen, ergibt sich folgendes Bild: Während die (Selbst-)Zuordnung der Befragten entlang des politischen Spektrums (siehe Abb. 1) weiterhin eine Normalverteilung aufweist, sich also die große Mehrheit in oder nahe der Mitte positioniert und die Zuordnung zu beiden Rändern hin abnimmt, zeigt sich hinsichtlich der Zustimmung zum demokratischen Wertekorsett (diffuse Unterstützung; siehe Abb. 2 & 3) und der etwas spezifischeren Zufriedenheit mit dem aktuellen Funktionieren der Demokratie (siehe Abb. 4) eine Linkslastigkeit.

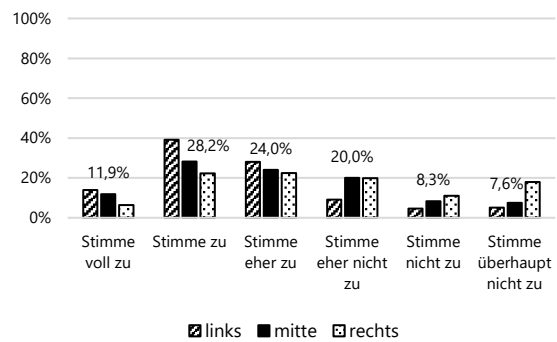
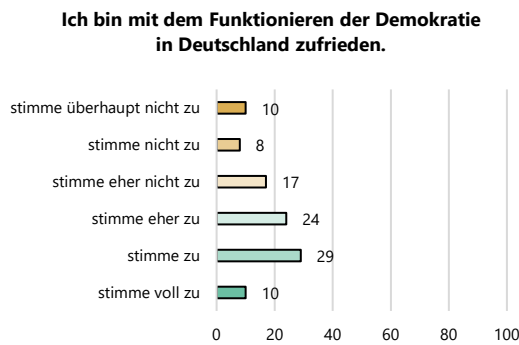


Abbildung 4: Spezifische Unterstützung: Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie. Eigene Darstellung auf Basis der Daten des Rheinland-Pfalz-Monitors 2025/26. Explizit aufgeführt sind im rechten Bildteil die Werte der Mitte-Kategorie.

## Schlussbetrachtung

Zuallererst lässt sich festhalten: Die große Mehrheit in Rheinland-Pfalz und auch in allen politischen Lagern hält die Demokratie für das beste und für unsere Gesellschaft passendste politische System und lehnt dahingehend diktatorische Alternativen ab. In der breiten Gesellschaft wird das Bekenntnis zur Demokratie wie eine Monstranz vorangetragen, die als normative Maxime die politische Kultur des Landes prägt.

Schaut man jedoch genauer hin, stellt sich die Frage, ob dieses Bekenntnis nicht zunehmend zu einem bloßen Symbol erstarrt und die normative Vorstellung einer breiten Mitte nicht mehr als eine utopische Illusion ist? Der Rekurs auf ‚Mitte‘ und ‚Demokratie‘ wirkt zunächst unverfänglich, weil er keine konkreten Verpflichtungen nach sich zu ziehen scheint. Jedoch zeigt sich im praktischen Vollzug, dass jene Elemente, die eine demokratische Ordnung erst tragen – die Anerkennung eines pluralistischen Meinungsspektrums (in Deutschland im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung), die Bereitschaft zum langwierigen Aushandeln von Kompromissen sowie eine ausgeprägte Konsen-

sorientierung – in der Realität deutlich weniger Anklang finden als das formelhafte Bekenntnis zur Demokratie selbst. Damit stellt sich die Frage, ob jene Personen, die sich zur Demokratie bekennen, ihre grundlegenden Prinzipien jedoch nur begrenzt achten, als Wölfe im Schafspelz zu begreifen sind – also als solche, die entgegen ihrer nach außen hin erklärten Identifikation als Demokraten, demokratische Prinzipien substantiell infrage stellen – oder ob sie eher Schafe im Wolfspelz darstellen, die weniger die Prinzipien selbst verwerfen als vielmehr deren bestehende Praxis als reformbedürftig ansehen und ihren Unmut über bestehende Verhältnisse in antidemokratischen Einstellungen (vielleicht nicht immer ganz adäquat) kundtun.

Das spürbare Übergewicht an demokratischer Zufriedenheit und grundlegender Unterstützung im linken Spektrum kontrastiert zudem deutlich mit der verhaltenen Zustimmung in der politischen Mitte und im rechten Spektrum. Problematisch ist dies insofern, als gerade die breite demokratische Mitte das normative Wertegerüst moderner Demokratien zu tragen hätte. Damit gewinnt dieser empirische Befund an

Gewicht und wirft ein substantielles Problemfeld auf: Die „Mitte beansprucht aufgrund ihrer zahlenmäßigen Stärke und der ihr von sich selbst zugeschriebenen Überlegenheit die Definitionshoheit“<sup>12</sup> über zentrale Leitbegriffe politischer Kultur und damit auch über das Demokratieverständnis selbst. Wenn jedoch gerade in dieser Mitte diffuse Unterstützung erodiert und spezifischere Zufriedenheit nur vergleichsweise schwach ausgeprägt ist, deutet dies auf ein Missverhältnis zwischen normativem Anspruch und empirischer Realität hin, das für die Stabilität der Demokratie von erheblicher Bedeutung ist. Mit eben dieser Mitte sind jene Stabilitätsfaktoren verknüpft, die zwischen politischen Lagern

brückenschlagende Konsensorientierung und staatstragenden Pragmatismus ermöglichen. Demokratie verlangt die Bereitschaft, – auch bei unbequemen Themen – den politisch mitstreitenden Demokraten grundsätzlich in guter Absicht zu sehen und trotz Differenzen nach tragfähigen, pragmatischen Kompromissen zu suchen; das ist die normative Hoheit und der Stabilitätsanker der Mitte im Kontrast zu den politischen Rändern. Nur wenn diese Haltung tatsächlich von einem Großteil der Gesellschaft gelebt wird, kann die demokratische Kultur Bestand haben und ihre integrative Kraft entfalten.

---

<sup>12</sup> Zick, Andreas (2025): 24.